

# ÖFFENTLICHES RECHT UND EUROPARECHT AKTUELL.



AUSGABE 37 | 13.09.2019

Institut für Europarecht | Institut für Verwaltungsrecht und Verwaltungslehre  
Redaktionelle Leitung: Assoz. Univ.-Prof. Dr. Franz Leidenmühler | Univ.-Prof. Dr. Michael Mayrhofer

## I. BUNDESGESETZBLATT

### [BGBl II 275/2019](#)

Verordnung der E-Control über die Regelungen zur Gaskennzeichnung und zur Ausweisung der Herkunft nach Primärenergieträgern (**Gaskennzeichnungsverordnung** – G-KenV)

## II. AMTSBLATT DER EU

### [ABI L 231 v 06.09.2019, 1](#)

Verordnung (EU) 2019/1381 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 20. Juni 2019 über die Transparenz und Nachhaltigkeit der **EU-Risikobewertung** im Bereich der **Lebensmittelkette** und zur Änderung der Verordnungen (EG) Nr 178/2002, (EG) Nr 1829/2003, (EG) Nr 1831/2003, (EG) Nr 2065/2003, (EG) Nr 1935/2004, (EG) Nr 1331/2008, (EG) Nr 1107/2009, (EU) 2015/2283 und der Richtlinie 2001/18/EG

### [ABI L 231 v 06.09.2019, 29](#)

Berichtigung der Verordnung (EU) 2016/1628 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 14. September 2016 über die Anforderungen in Bezug auf die **Emissionsgrenzwerte** für gasförmige Schadstoffe und luftverunreinigende Partikel und die Typgenehmigung für **Verbrennungsmotoren** für nicht für den Straßenverkehr bestimmte mobile Maschinen und Geräte, zur Änderung der Verordnungen (EU) Nr 1024/2012 und (EU) Nr 167/2013 und zur Änderung und Aufhebung der Richtlinie 97/68/EG (ABI L 252 vom 16.9.2016)

### [ABI L 231 v 06.09.2019, 30](#)

Berichtigung der Verordnung (EU) 2019/1148 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 20. Juni 2019 über die Vermarktung und Verwendung von **Ausgangsstoffen für Explosivstoffe**, zur Änderung der Verordnung (EG) Nr 1907/2006 und zur Aufhebung der Verordnung (EU) Nr 98/2013 (ABI L 186 vom 11.7.2019)

### [ABI L 231 v 06.09.2019, 31](#)

Berichtigung der Verordnung (EU) 2019/1241 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 20. Juni 2019 mit technischen Maßnahmen für die **Erhaltung der Fischereiresourcen** und den Schutz von **Meeresökosystemen**, zur Änderung der Verordnungen (EG) Nr 2019/2006, (EG) Nr 1224/2009 des Rates und (EU) Nr 1380/2013, (EU) 2016/1139, (EU) 2018/973,

(EU) 2019/472 und (EU) 2019/1022 des Europäischen Parlaments und des Rates sowie zur Aufhebung der Verordnungen (EG) Nr 894/97, (EG) Nr 850/98, (EG) Nr 2549/2000, (EG) Nr 254/2002, (EG) Nr 812/2004 und (EG) Nr 2187/2005 des Rates (ABl L 198 vom 25.7.2019)

[ABI L 235 v 12.09.2019, 11](#)

Berichtigung der Durchführungsverordnung (EU) 2019/1090 der Kommission vom 26. Juni 2019 zur Nichterneuerung der Genehmigung für den Wirkstoff **Dimethoat** gemäß der Verordnung (EG) Nr 1107/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates über das Inverkehrbringen von **Pflanzenschutzmitteln** und zur Änderung des Anhangs der Durchführungsverordnung (EU) Nr 540/2011 der Kommission (ABl L 173 vom 27.6.2019)

### III. VFGH, VWGH, VERWALTUNGSGERICHTE

#### A. VERFASSUNGSGERICHTSHOF

11.06.2019, [A 7/2018](#)

**ZPO**; Abweisung eines auf **Kostenersatz** eingeschränkten Klagebegehrens mangels außergerichtlicher Einmahnung der ursprünglich eingeklagten Forderung

11.06.2019, [V 61/2018](#)

**StVO**; Feststellung der Gesetzwidrigkeit von Teilen einer **FahrverbotsVO für LKW** einer Stmk BH infolge signifikanter Abweichung des Aufstellungsorts der Straßenverkehrszeichen vom räumlichen Geltungsbereich der VO

11.06.2019, [V 71/2018](#)

**StVO**; Gesetzwidrigkeit einer Wortfolge einer GeschwindigkeitsbeschränkungsVO der Bundesministerin für Verkehr, Innovation und Technologie für die A2 Südbahn mangels **ordnungsgemäßer Kundmachung**; Aufstellung des Verkehrszeichens ausschließlich am rechten Fahrbahnrand im Widerspruch zu der für Autobahnen geltenden Kundmachungsvorschrift

11.06.2019, [E 990/2018](#)

**AsylG**; Verletzung im Recht auf **Gleichbehandlung von Fremden untereinander** betreffend die Abweisung eines **Antrags auf internationalen Schutz** eines afghanischen Staatsangehörigen; mangelhafte Auseinandersetzung mit der Minderjährigkeit des Bf

11.06.2019, [E 1809/2018](#)

**AVG; Wr MindestsicherungsG**; Verletzung im **Gleichheitsrecht** durch Entscheidung über einen **Mindestsicherungsantrag** innerhalb offener Frist zur Stellungnahme sowie Außerachtlassung des fristgerecht eingebrachten Parteivorbringens

11.06.2019, [E 576/2019](#)

**StaatsbürgerschaftsG**; Verletzung im **Gleichheitsrecht** durch Abweisung eines Antrags auf **Feststellung der österreichischen Staatsbürgerschaft**; Erwerb der Staatsbürgerschaft durch den Urgroßvater bereits durch Abgabe seiner Optionserklärung entsprechend dem StV St Germain 1919

11.06.2019, [E 644/2019](#)

**VfGG**; Zurückweisung eines Verfahrenshilfeantrags wegen Nichterfüllung des Verbesserungsauftrags; keine zulässige **elektronische Einbringung** durch Vorlage der angefochtenen Entscheidung mittels CD

26.06.2019, [V 45/2018](#)

**StVO**; keine Gesetzwidrigkeit einer **FußgängerzonenVO** der Landeshauptstadt Graz auf Grund **ordnungsgemäßer Kundmachung**; Ende der Fußgängerzone leicht und rechtzeitig erkennbar trotz – aus einem bestimmten Blickwinkel – Verdeckung des Verkehrszeichens durch einen Parkautomaten

## **B. VERWALTUNGSGERICHTSHOF**

25.06.2019, [Ro 2018/10/0028](#)

**StudienförderungsG**; nach § 4 Abs 1a Z 3 StudienförderungsG sind **EWR-Bürger** österreichischen Staatsbürgern gleichgestellt, wenn sie „**in das österreichische Bildungs- oder Gesellschaftssystem integriert**“ sind; zur Beurteilung einer ausreichenden Integration einer Person in die Gesellschaft des Leistungsstaats sind iRe Einzelfallprüfung alle Umstände zu berücksichtigen, die eine besondere Verbundenheit mit dem Leistungsstaat auszudrücken vermögen, wie etwa die Dauer des rechtmäßigen Aufenthaltes, die Staatsangehörigkeit, die Absolvierung eines erheblichen Teiles der Schulausbildung, Familie, Beschäftigung, Spracherkenntnisse und sonstige soziale oder wirtschaftliche Bindungen; darüber hinaus ist alternativ auch die Integration in das österreichische Bildungssystem gesondert angeführt; eine bloße Bildungsintegration könnte etwa dann vorliegen, wenn eine österreichische Schule im Ausland besucht wird; ausgehend davon, dass iRe Einzelfallprüfung der Integrationsgrad einer Person in das Bildungs- oder Gesellschaftssystem zu beurteilen ist, spielen iRd Bewertung der einzubeziehenden Kriterien naturgemäß jedenfalls die Intensität der Integrationsmaßnahmen sowie deren Dauer und zeitliches Naheverhältnis zum Antragszeitpunkt eine maßgebliche Rolle, wobei auch die in den anderen Ziffern des § 4 Abs 1a leg cit zum Ausdruck kommende Wertung des Gesetzgebers zu berücksichtigen ist

22.07.2019, [Ra 2019/02/0130](#)

**TierschutzG**; nach der Bestimmung des § 25 Abs 1 TierschutzG ist eine **Wildtierhaltung** binnen zwei Wochen anzuzeigen; nach dem Zweck dieser Gebotsnorm ist die **Erstattung der Anzeige** nach Ablauf der für sie zur Verfügung stehenden Frist nicht obsolet, sodass hier ein Fall vorliegt, in dem die fortgesetzte Unterlassung der Erstattung der Meldung unter Strafe steht und demnach ein Dauerdelikt darstellt

24.07.2019, [Ra 2018/02/0163](#)

**StraßenverkehrsO; VStG**; nach § 8 Abs 4 StraßenverkehrsO ist die **Benützung von Gehsteigen mit Fahrzeugen aller Art verboten**; gegen diese Anordnung verstößt etwa jemand, der sein Fahrzeug am Gehsteig parkt, hält, es dort abstellt oder ihn befährt; da somit der Tatbestand des § 8 Abs 4 leg cit durch mehrere verschiedene Verhaltensweisen erfüllt werden kann, genügt die Beschreibung der Tathandlung bloß mit den verba legalia nicht dem **Konkretisierungsgebot** des § 44a Z 1 VStG

29.07.2019, [Ra 2019/02/0072](#)

**E-Government-G; AVG**; § 19 Abs 3 E-Government-G sieht vor, dass bei **amtssignierten Erledigungen** der Hinweis auf die Amtssignatur und die Bildmarke anzugeben sind; die Bildmarke soll der „leichteren Erkennbarkeit der Herkunft des Dokuments“ dienen; es geht also darum, dass die Stelle, der die Erledigung zugerechnet werden soll, leichter erkennbar ist; erfüllt die einer Partei zugestellte Ausfertigung des Dokuments diese Anforderungen, so kommt das Privileg des § 18 Abs 4 AVG, wonach Ausfertigungen in Form von Ausdrucken von mit einer Amtssignatur versehenen elektronischen Dokumenten oder von Kopien solcher Ausdrücke keine weitere Voraussetzung zu erfüllen haben, zur Anwendung; ggst enthält die dem Mitbeteiligten zugestellte Ausfertigung des Straferkenntnisses (neben der elektronischen Unterschrift der Genehmigungsberechtigten) sowohl den Hinweis auf die Amtssignatur des Dokuments als auch die Bildmarke der Stadt Graz

30.07.2019, [Ra 2018/05/0273](#)

**BauO für Wien**; im Falle der **Staffelung der Baumasse** iSd § 81 Abs 5 BauO für Wien gilt die Beschränkung der **Gebäudehöhe** gem § 75 Abs 4 lit c leg cit nur für die Gebäudefront an der Baulinie, Straßenfluchtlinie, Verkehrsfluchtlinie oder Baufluchtlinie; dahinter darf – zum Erreichen des nach der Bauklasse zulässigen Gebäudeumrisses – die Baumasse gestaffelt werden; hiefür gilt – weil sich diese Gebäudeteile nicht mehr an den genannten Fluchtlinien befinden – die zulässige Gebäudehöhe nach § 75 Abs 2 leg cit

## C. VERWALTUNGSGERICHTE

LVwG NÖ 30.08.2019, [LVwG-AV-523/001-2019](#)

**NÖ BauO**; aus § 39 Abs 1 zweiter Satz NÖ BauO ergibt sich, dass die Vorschreibung einer **Ergänzungsabgabe** nicht zu erfolgen hat, wenn für den Baubestand durch die **Vereinigung** mit den an einer oder mehreren Seiten anschließenden unbebauten Grundstücken oder Teilen davon die Voraussetzungen für eine Bewilligung nach den Bestimmungen dieses Gesetzes oder des Bebauungsplans sowie im Hinblick auf den Brandschutz bei (Außen-)Wänden gegenüber einer Grundstücksgrenze nach einer VO der LReg erfüllt würden; dem Wortlaut des Gesetzes entsprechend wird diese Ausnahmebestimmung sohin auch dann schlagend, wenn eine Vereinigung des betreffenden Grundstücks auch nur mit Teilen von anschließenden unbebauten Grundstücken erfolgt

## IV. GERICHTSHOF DER EUROPÄISCHEN UNION

### A. GERICHTSHOF

[10.09.2019, Rs C-123/18 P, HTTS / Rat](#)

Rechtsmittel – Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik – Restriktive Maßnahmen gegen die **Islamische Republik Iran** – Ersatz des Schadens, der der Rechtsmittelführerin durch ihre Aufnahme in die Liste der Personen und Einrichtungen, deren Gelder und **wirtschaftliche Ressourcen eingefroren** sind, entstanden sein soll – **Schadenersatzklage** – Voraussetzungen der außervertraglichen Haftung der Europäischen Union – Begriff des hinreichend qualifizierten Verstoßes gegen eine Unionsrechtsnorm – Beurteilung – Begriff der im Eigentum oder unter Kontrolle stehenden Gesellschaft – Begründungspflicht

[10.09.2019, Rs C-94/18, Chenchooliah](#)

Vorlage zur Vorabentscheidung – **Unionsbürgerschaft** – Art 21 AEUV – Recht der Unionsbürger und ihrer Familienangehörigen, sich im Hoheitsgebiet eines Mitgliedstaats frei zu bewegen und aufzuhalten – Richtlinie 2004/38/EG – Art 3 Abs 1 und Art 15, 27, 28, 30 und 31 – Begriff des Berechtigten – Staatsangehöriger eines **Drittstaats**, der mit einem Unionsbürger verheiratet ist, der sein Recht auf Freizügigkeit ausgeübt hat – **Rückkehr** des Unionsbürgers in den Mitgliedstaat, dessen Staatsbürgerschaft er besitzt und in dem er eine **Freiheitsstrafe** verbüßt – Anforderungen der Richtlinie 2004/38/EG an den Aufnahmemitgliedstaat bei der Entscheidung, die Ausweisung des Drittstaatsangehörigen zu verfügen

[11.09.2019, Rs C-397/18, Nobel Plásticos Ibérica](#)

Vorlage zur Vorabentscheidung – Sozialpolitik – Richtlinie 2000/78/EG – Gleichbehandlung in Beschäftigung und Beruf – Art 2 Abs 2 Buchst b Ziff ii und Art 5 – Verbot der **Diskriminierung** wegen einer **Behinderung** – In Bezug auf Berufsrisiken besonders gefährdeter **Arbeitnehmer** im Sinne des nationalen Rechts – Vorliegen einer ‚Behinderung‘ – **Kündigung** aus sachlichen Gründen, die auf den Kriterien der **Produktivität**, der vielseitigen Einsetzbarkeit an den Arbeitsplätzen des Unternehmens und der **Fehlzeitenquote** beruht – Besonderer Nachteil für Menschen mit Behinderung – Mittelbare Diskriminierung – Angemessene Vorkehrungen – Person, die für die Erfüllung der wesentlichen Funktionen des betreffenden Arbeitsplatzes nicht kompetent, fähig oder verfügbar ist

[11.09.2019, Rs C-383/18, Lexitor](#)

Vorlage zur Vorabentscheidung – Verbraucherschutz – **Verbraucherkreditverträge** – Richtlinie 2008/48/EG – Art 16 Abs 1 – **Vorzeitige Rückzahlung** – Recht des Verbrauchers auf Ermäßigung der Gesamtkosten des Kredits, die sich nach den Zinsen und den Kosten für die verbleibende Laufzeit des Vertrags richtet

[11.09.2019, Rs C-143/18, Romano](#)

Vorlage zur Vorabentscheidung – Verbraucherschutz – Richtlinie 2002/65/EG – Im Fernabsatz geschlossener **Verbraucherdarlehensvertrag** – Widerrufsrecht – Ausübung des **Widerrufsrechts**, nachdem der Vertrag auf ausdrücklichen Wunsch des Verbrauchers bereits voll erfüllt wurde – Übermittlung der Informationen über das Widerrufsrecht an den Verbraucher

#### [11.09.2019, Rs C-46/18, Caseificio Sociale San Rocco ua](#)

Vorlage zur Vorabentscheidung – **Milchsektor** – Quoten – Zusatzabgabe – Verordnung (EWG) Nr 3950/92 – Art 2 – Erhebung der Abgabe beim Abnehmer – Lieferungen, die die verfügbare Referenzmenge des Erzeugers übersteigen – Höhe des Milchpreises – Verpflichtende Anwendung eines Einbehalts – **Rückerstattung des Überschussbetrags** der Abgabe – Verordnung (EG) Nr 1392/2001 – Art 9 – Abnehmer – Verstoß gegen die Pflicht zur Leistung der Zusatzabgabe – Erzeuger – Verstoß gegen die Pflicht zur monatlichen Abführung – **Vertrauensschutz**

#### [11.09.2019, Rs C-676/17, Călin](#)

Vorlage zur Vorabentscheidung – Grundsätze des Unionsrechts – **Verfahrensautonomie** – Grundsätze der **Äquivalenz** und der **Effektivität** – Grundsatz der Rechtssicherheit – Rechtskraft – Erstattung einer unter Verstoß gegen das Unionsrecht von einem Mitgliedstaat erhobenen Abgabe – **Rechtskräftige Gerichtsentscheidung**, die zur Zahlung einer unionsrechtswidrigen Abgabe verpflichtet – Wiederaufnahmeantrag bezüglich einer solchen Gerichtsentscheidung – Frist für die Stellung dieses Antrags

#### [11.09.2019, verb Rs C-612/17 und C-613/17, FIG](#)

Vorlage zur Vorabentscheidung – Verordnung (EU) Nr 549/2013 – Europäisches System Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnungen auf nationaler und regionaler Ebene in der Europäischen Union – Anhang A Nr 20.15 – Durch ein **Nationales Olympisches Komitee** ausgeübte Kontrolle über **nationale Sportverbände**, die als Organisationen ohne **Erwerbszweck** konstituiert sind – Anhang A Nr 20.15 Satz 2 – Begriff **öffentliche Intervention** in Form von allgemeinverbindlichen Verordnungen, die auf alle Einheiten anzuwenden sind, die in derselben Aktivität tätig sind' – Reichweite – Anhang A Nr 20.15 Satz 1 – Begriff ‚Möglichkeit, die allgemeine Politik oder das Programm [einer] Organisation [ohne Erwerbszweck] festzulegen‘ – Reichweite – Anhang A Nr 2.39 Buchst. d, Nr 20.15 Buchst. d und Nr 20.309 Buchst. i letzter Satz – Berücksichtigung der von den Mitgliedern an die Organisation ohne Erwerbszweck gezahlten Beiträge

#### [12.09.2019, Rs C-82/17 P, TestBioTech ua / Kommission](#)

Rechtsmittel – Umwelt – Genetisch veränderte Erzeugnisse – Beschluss der Kommission über die Zulassung des Inverkehrbringens von Erzeugnissen, die **genetisch veränderte Sojabohnen** der Sorte MON 87701 x MON 89788 enthalten – Verordnung (EG) Nr 1367/2006 – Art 10 Abs 1 – Antrag auf interne Überprüfung des Beschlusses gemäß den Bestimmungen über die **Beteiligung der Öffentlichkeit** am Entscheidungsprozess im Umweltbereich – Zurückweisung des Antrags

#### [12.09.2019, Rs C-299/17, VG Media](#)

Vorlage zur Vorabentscheidung – **Industriepolitik** – Rechtsangleichung – Richtlinie 98/34/EG – Informationsverfahren auf dem Gebiet der Normen und technischen Vorschriften und der Vorschriften für die **Dienste der Informationsgesellschaft** – Art 1 Nr 11 – Begriff der technischen Vorschrift

#### [12.09.2019, Rs C-347/17, A ua](#)

Vorlage zur Vorabentscheidung – Schutz der Gesundheit – **Hygienepaket** – Verordnung (EG) Nr 853/2004 – Verordnung (EG) Nr 854/2004 – Hygiene bei Lebensmitteln tierischen Ursprungs – **Geflügelfleisch** – Fleischuntersuchung von Schlachtkörpern – Sichtbare **Kontamination** eines Schlachtkörpers – Null-Toleranz-Ansatz

#### [12.09.2019, Rs C-683/17, Cofemel](#)

Vorlage zur Vorabentscheidung – Geistiges und gewerbliches Eigentum – Urheberrecht und verwandte Schutzrechte – Richtlinie 2001/29/EG – Art 2 Buchst. a – Begriff ‚Werk‘ – **Urheberrechtlicher Schutz von Werken** – Voraussetzungen – Zusammenhang mit dem Schutz von **Mustern und Modellen** – Richtlinie 98/71/EG – Verordnung (EG) Nr 6/2002 – Bekleidungsmodelle

#### [12.09.2019, Rs C-688/17, Bayer Pharma](#)

Vorlage zur Vorabentscheidung – Geistiges Eigentum – **Patente** – Richtlinie 2004/48/EG – Art 9 Abs 7 – Inverkehrbringen von Erzeugnissen unter Verletzung der Rechte aus einem Patent – Einstweilige Maßnahmen – **Spätere Nichtigerklärung** des Patents – Folgen – Recht auf angemessenen Ersatz für durch die einstweiligen Maßnahmen entstandenen Schaden

### [12.09.2019, verb Rs C-64/18, C-140/18, C-146/18 und C-148/18, Maksimovic](#)

Vorlage zur Vorabentscheidung – Art 56 AEUV – Freier Dienstleistungsverkehr – **Entsendung von Arbeitnehmern** – Bereithaltung und Übersetzung der **Lohnunterlagen** – Arbeitsgenehmigung – Sanktionen – Verhältnismäßigkeit – Geldstrafen mit im Vorhinein festgelegtem Mindestsatz – Kumulierung – Fehlende Höchstgrenze – Verfahrenskosten – Ersatzfreiheitsstrafe

### [12.09.2019, Rs C-104/18 P, Koton Mağazacilik Tekstil Sanayi ve Ticaret / EUIPO](#)

Rechtsmittel – **Unionsmarke** – Verordnung (EG) Nr 207/2009 – Absolute Nichtigkeitsgründe – Art 52 Abs 1 Buchst b – **Bös-gläubigkeit** bei Anmeldung der Marke

### [12.09.2019, verb Rs C-199/18, C-200/18 und C-343/18, Pollo del Campo und Avi Coop](#)

Vorlage zur Vorabentscheidung – Rechtsangleichung – Verordnung (EG) Nr 882/2004 – Art 27 – **Amtliche Kontrollen von Lebens- und Futtermitteln** – Finanzierung – Gebühren oder Kostenbeiträge für amtliche Kontrollen – Möglichkeit der Mitgliedstaaten, bestimmte Kategorien von Unternehmern zu befreien – Mindestgebühren

### [12.09.2019, Rs C-541/18, Deutsches Patent- und Markenamt \(#darferdas?\)](#)

Vorlage zur Vorabentscheidung – Marken – Richtlinie 2008/95/EG – Art 3 Abs 1 Buchst b – **Unterscheidungskraft** – Beurteilungskriterien – Zeichen, das ein Rautezeichen (Hashtag) beinhaltet

## **B. SCHLUSSANTRÄGE**

### [10.09.2019, Rs C-125/18, Gómez del Moral Guasch \(GA Szpunar\)](#)

Vorlage zur Vorabentscheidung – Verbraucherschutz – **Missbräuchliche Klauseln** in **Verbraucherverträgen** – Vertrag über ein **Hypothekendarlehen** – Variabler Zinssatz – Referenzindex für Hypothekendarlehen (IRPH) – Index, der sich aus einer Rechts- oder Verwaltungsvorschrift ergibt – Einseitige Einführung durch den Gewerbetreibenden – **Transparenzkontrolle** durch das nationale Gericht – Umfang der Informationen, der von der Bank verlangt ist

### [10.09.2019, Rs C-263/18, Nederlands Uitgeversverbond und Groep Algemene Uitgevers \(GA Szpunar\)](#)

Richtlinie 2001/29/EG – Informationsgesellschaft – Harmonisierung bestimmter Aspekte des **Urheberrechts** und der verwandten Schutzrechte – Elektronische Bücher (**E-Books**) – Virtueller Markt für ‚gebrauchte‘ E-Books – Art 2 – Vervielfältigung – Handlungen, die für eine rechtmäßige Nutzung notwendig sind – Art 3 – **Öffentliche Wiedergabe** – **Zugänglichmachung** – Art 4 – Verbreitung – Zeitlich unbegrenzte Gebrauchsüberlassung von E-Books durch Herunterladen aus dem Internet – Erschöpfung – Art 5 – Ausnahmen und Beschränkungen – Geltungsbereich

### [10.09.2019, Rs C-450/18, Instituto Nacional de la Seguridad Social \(Complément de pension pour les mères \(GA Bobek\)](#)

Vorlage zur Vorabentscheidung – Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen – Gleichbehandlung im Bereich der sozialen Sicherheit – Richtlinie 79/7/EWG – **Rente wegen Invalidität** – Rentenzulage, die **Müttern** von zwei oder mehr Kindern gewährt wird, die eine beitragsbezogene Rente der sozialen Sicherheit beziehen – Art 157 Abs 4 AEUV – Positive Maßnahmen – Maßnahmen, die auf den Ausgleich laufbahnbezogener Benachteiligungen von **Arbeitnehmerinnen** abzielen

### [11.09.2019, verb Rs C-650/17 und C-114/18, Royalty Pharma Collection Trust \(GA Hogan\)](#)

Vorlage zur Vorabentscheidung – **Humanarzneimittel** – Ergänzendes Schutzzertifikat – Verordnung (EG) Nr 469/2009 – Art 3 Buchst a – Bedingungen für die Erteilung – Begriff eines ‚durch ein in Kraft befindliches **Grundpatent** geschützten Erzeugnisses‘ – Beurteilungskriterien – Funktionelle Patentansprüche – Markush-Formeln

### [12.09.2019, Rs C-482/18, Google Ireland \(GA Kokott\)](#)

Vorabentscheidungsersuchen – Grundfreiheiten – Dienstleistungsfreiheit – Beschränkungen und Diskriminierungen – Materielles Steuerrecht und Steuerverfahrensrecht – Umsatzbasierte **Werbesteuer** – Besteuerung **ausländischer Aktivitäten** in ungarischer Sprache – Territorialitätsprinzip im Unionsrecht – Verpflichtung zur steuerrechtlichen Registrierung – Unterschiedliche Verfahren der Registrierung für In- und Ausländer – Sanktionen im Fall der **Nichtregistrierung**

### [12.09.2019, Rs C-524/18, Dr. Willmar Schwabe \(GA Hogan\)](#)

Vorlage zur Vorabentscheidung – Öffentliche Gesundheit – Information und Verbraucherschutz – Verordnung (EG) Nr 1924/2006 – **Gesundheitsbezogene Angaben über Lebensmittel** – Art 10 Abs 1 und 3 – Begriff des ‚Beifügens‘ einer speziellen gesundheitsbezogenen Angabe – Verweis auf allgemeine, nichtspezifische positive Wirkungen – Verpflichtung zur Erbringung wissenschaftlicher Nachweise – Anwendungsbereich

### [12.09.2019, Rs C-666/18, IT Development \(GA Sánchez-Bordona\)](#)

Vorabentscheidungsersuchen – Urheberrecht und verwandte Schutzrechte – Rechtsschutz von Computerprogrammen – **Software-Lizenzvertrag** – Verletzungsklage des Urhebers gegen den Lizenznehmer – Natur der anwendbaren **Haftungsregelung**

## C. GERICHT

### [11.09.2019, verb Rs T-721/17 und T-722/17, Topor-Gilka / Rat](#)

Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik – **Restriktive Maßnahmen** angesichts von Handlungen, die die territoriale Unversehrtheit, Souveränität und Unabhängigkeit der **Ukraine** untergraben oder bedrohen – Einfrieren von Geldern – Begründungspflicht – Beurteilungsfehler

### [11.09.2019, T-286/18, Azarov / Rat](#)

Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik – **Restriktive Maßnahmen** angesichts der Lage in der **Ukraine** – Einfrieren von Geldern – Liste der Personen, Organisationen und Einrichtungen, deren Gelder und wirtschaftliche Ressourcen eingefroren werden – Beibehaltung des Namens des Klägers auf der Liste – Pflicht des Rates, zu prüfen, ob der Beschluss einer Behörde eines Drittstaats unter Wahrung der **Verteidigungsrechte** und des Rechts auf effektiven gerichtlichen **Rechtsschutz** ergangen ist

## V. EUROPÄISCHER GERICHTSHOF FÜR MENSCHENRECHTE

### 10.09.2019, Beschwerde Nr [37283/13](#), *Strand Lobben ua / Norwegen* (GK)

**Verletzung** von **Art 8 EMRK** (Recht auf Achtung des Privat- und Familienlebens); Entzug der **Erziehungsberechtigung** der Mutter (Bf) und Ermöglichung der **Adoption** des Sohnes (Bf) durch die Pflegeeltern; **Mängel**, wie das Heranziehen von veralteten psychologischen Gutachten, im **Entscheidungsprozess** der nationalen Behörden; **keine Berücksichtigung** der veränderten **Lebensumstände** der Mutter

[Newsletter ÖER Aktuell kostenlos abonnieren](#)

[Rundbrief Polizeirecht Aktuell kostenlos abonnieren](#)

### **DISCLAIMER**

**Bundesgesetzblatt:** BGBl I vollständig; im Übrigen erfolgt eine Auswahl nach den Forschungsschwerpunkten der Institute, Aktualität und Relevanz.

**Amtsblatt der EU:** Aufgenommen werden sämtliche „Gesetzgebungsakte“; bei den „Rechtsakten ohne Gesetzescharakter“ sowie den „Mitteilungen und Bekanntmachungen“ erfolgt eine Auswahl nach den Forschungsschwerpunkten der Institute, Aktualität und Relevanz.

**Verfassungsgerichtshof:** Erkenntnisse (mit Ausnahme von „Serien“) vollständig, bei den Beschlüssen erfolgt eine Auswahl nach Relevanz.\*

**Verwaltungsgerichtshof und Verwaltungsgerichte:** Auswahl nach Forschungsschwerpunkten der Institute (insb Baurecht, Energierecht, Gewerberecht, Hochschulwesen, Polizeirecht, Raumordnung, Technikrecht, Umweltrecht, Verwaltungsverfahren, Verwaltungsstrafrecht, Verwaltungsgerichtsbarkeit, Entscheidungen mit europarechtlicher Relevanz), Aktualität und Relevanz.  
**Gerichtshof der EU:** Vollständige Auflistung der Urteile und Schlussanträge.\*  
**Gericht der EU:** Aufgenommen werden sämtliche Urteile mit Österreich-Bezug sowie Nichtigkeitsklagen gem Art 263 AEUV.\*  
**Europäischer Gerichtshof für Menschenrechte:** Urteile der Großen Kammer vollständig, Urteile und Beschlüsse einer Kammer mit Österreich-Bezug vollständig, sonstige Entscheidungen nach Aktualität und Relevanz.

\* Die amtliche Auswertung (Leitsätze) des jeweiligen Gerichts wird wörtlich übernommen.

## **IMPRESSUM**

**Herausgeber/Medieninhaber:** Institut für Europarecht, Institut für Verwaltungsrecht und Verwaltungslehre, Johannes Kepler Universität Linz, Altenberger Straße 69, A-4040 Linz.

**Redaktion:** Assoz. Univ.-Prof. Dr. Franz Leidenmühler, Univ.-Prof. Dr. Michael Mayrhofer (Leitung), Hofrat Dr. Alfred Grof (LVwG Oberösterreich), Univ.-Ass. Mag. Katharina Arnreither, Univ.-Ass. Mag. Nicole Traußner, Univ.-Ass. Mag. Marlene Harderer, Univ.-Ass. Mag. Sarah Heiml, Wiss.-Mit. Clara Buder.

**Hinweis:** Es wird darauf hingewiesen, dass alle Angaben im Newsletter ÖER Aktuell trotz sorgfältiger Bearbeitung ohne Gewähr erfolgen und eine Haftung der Herausgeber, der Redaktion oder sonstiger Personen ausgeschlossen ist.